

Stadt Köln



Der Oberstadtdirektor

Postanschrift: Stadt Köln · Postfach 108020 · 500

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
11. WAHLPERIODE

ZUSCHRIFT
11/518

Präsidentin des Landtags von
Nordrhein-Westfalen
Frau Ingeborg Friebe
Platz des Landtags 1

4000 Düsseldorf 1

KVB: Haltestellen Dom/Hbf.,
Rathaus, Heumarkt

Auskunft erteilt:
Zimmer:
Ruf: (0221) 221-

neuer Teletex- / Telex-Anschluß
221 4110 stadtk / 17221 4110

Ihr Schreiben

Mein Zeichen
01/MO/Je

Jag
15.02.1991

**Beteiligung des Landes an der Finanzierung von Weiterbildungsleh-
rern in Schulabschlußlehrgängen der Volkshochschule**

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

mit der v. g. Thematik hat sich der Schulausschuß der Stadt Köln eingehend beschäftigt und fordert mit Beschluß vom 22.01.1991 (siehe Anlage) den Landtag mit Nachdruck auf, die erforderlichen Mittel doch noch in den Haushaltsplan 1991 des Landes einzubringen.

Ich bitte darum, die in dem Beschluß dargelegten Interessen und Positionen der Stadt Köln bei den anstehenden Haushaltsplanberatungen zu vertreten.

Mit freundlichen Grüßen

Ruschmeier

Anlage

A n l a g e

Einstimmiger Beschluß des Schulausschusses der Stadt Köln vom
22.01.1991:

"Der Schulausschuß fordert den Landtag NRW auf, die für die Sicherung der nachträglichen Schulabschlüsse an Volkshochschulen erforderlichen 7 Mio. DM noch in den Haushalt 1991 einzubringen. Die Verwaltung wird beauftragt, diese Resolution nicht nur der Landtagspräsidentin zuzustellen, sondern darüber hinaus, auch den Fraktionen aller im Landtag vertretenen Parteien.

Begründung:

Der nachträgliche Erwerb von Schulabschlüssen ist nicht nur im Hinblick auf die Herstellung von Chancengleichheit ein wichtiges Anliegen. Er hat auch eine große Bedeutung für den beruflichen (Wieder-)Einstieg. Die Stadt Köln hat in der Vergangenheit hier große Anstrengungen unternommen. Durch das sog. "Düsseldorfer Urteil", wonach die in diesem Bereich Beschäftigten einen Anspruch auf arbeitsrechtlich abgesicherte Verträge haben, sind auf die Stadt erhebliche zusätzliche Kosten zugekommen. Es kann nun nicht angehen, daß das Land sich seiner Verantwortung für diesen Bereich entzieht und keine zusätzlichen Mittel den Kommunen zuweist."